



– Bundeslastverteiler –

Verfügung

Az: BLastV-XX-XXX

In dem Verwaltungsverfahren

wegen Reduzierung des Gasverbrauchs

gegenüber

[Unternehmensname], [Straße Hausnummer], [PLZ Ort], gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung, bzw. den Vorstand,

Betroffene,

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, in ihrer Zuständigkeit als Bundeslastverteiler durch die Krisenstabsschichtleitung [Name] am [TT.MM.JJJJ] folgende Verfügung erlassen:

1. Die Betroffene wird verpflichtet, ihren Gasbezug an der Marktlotation mit der Marktlotations-Identifikationsnummer (MaLo-ID) [MaLo-ID] um [XX] MWh/h zu reduzieren. Sie hat ihren Gasbezug dazu auf einen Tagesmittelwert in Höhe von [XX] MWh/h zu begrenzen.
2. Der Geltungszeitraum dieser Verfügung beginnt am [TT.MM.JJJJ], [HH:MM] Uhr und endet am [TT.MM.JJJJ], [HH:MM] Uhr.
3. Unter den folgenden kumulativen Bedingungen kann die unter Tenorziffer 1 angeordnete Reduktionspflicht ganz oder teilweise in Summe durch andere Marktlotationen (MaLos) erbracht werden (Pooling):
 - a) Bei den beteiligten Marktlotationen muss es sich entweder um MaLos in dem gleichen geschlossenen Verteilernetz oder in der gleichen Kundenanlage handeln (sog. unternehmensübergreifendes Pooling) oder um MaLos der Betroffenen mit folgender MaLo-ID (sog. unternehmensinternes Pooling): [MaLo1], [MaLo2 ff.]

- b) Eine Vermischung bzw. gleichzeitige Anwendung beider in lit. a genannten Poolingarten ist untersagt.
 - c) Die Letztverantwortung für die originäre Reduktionspflicht und die interne bilanzielle Abwicklung verbleibt bei der Betroffenen.
 - d) Der Bundeslastverteiler kann dem Pooling im Einzelfall unter Angabe eines expliziten Grundes widersprechen.
 - e) Vor Inanspruchnahme des unternehmensübergreifenden Poolings müssen die beteiligten Letztverbraucher eine Poolingvereinbarung zu den Grundsätzen und Abläufen des Poolings schließen und diese dem Bundeslastverteiler unverzüglich anzeigen (*E-Mail-Adresse wird bei Erlass einer echten Individualverfügung eingefügt*), sofern dies nicht bereits erfolgt ist. In der Poolingvereinbarung ist Folgendes festzuhalten:
 - die beteiligten MaLos unter Nennung der beteiligten Letztverbraucher,
 - die interne Vorgehensweise bei verschiedenen Stufen der angeordneten Gasbezugsreduktion inklusiver bilanzieller Umsetzung,
 - die Bestimmung eines Poolingverantwortlichen als Ansprechpartner für den Bundeslastverteiler. (Hinweis: Der Poolingverantwortliche kann z.B. der Betreiber des geschlossenen Verteilernetzes oder der Kundenanlage sein.)
 - f) Die Betroffene beim unternehmensinternen Pooling bzw. der Poolingverantwortliche beim unternehmensübergreifenden Pooling muss den Nachweis der Gesamteinhaltung der Reduktion dokumentieren und dem Bundeslastverteiler auf Anfrage per E-Mail an (*E-Mail-Adresse wird bei Erlass einer echten Individualverfügung eingefügt*) unverzüglich übermitteln
 - g) Die Betroffene wird verpflichtet, den Bundeslastverteiler unverzüglich über die E-Mail-Adresse (*E-Mail-Adresse wird bei Erlass einer echten Individualverfügung veröffentlicht*) zu informieren, wenn unmittelbar durch die in Tenorziffer 1 angeordnete Gasbezugsreduktion Schäden an Leib und Leben, an der Umwelt, am Tierwohl oder an Anlagen entstehen würden.
4. Über Schäden an Anlagen hat die Betroffene nur bei erheblichen Schäden oder Totalschäden zu informieren. Ein erheblicher Schaden an einer Anlage liegt vor, wenn gemäß einer sachgerechten Prognose zum Zeitpunkt der jeweiligen Reduktionsverpflichtung durch die Gasbezugsreduktion großer Reparaturbedarf entsteht, der eine längere Wiederherstellungszeit als acht Wochen in Anspruch nimmt. Ein Totalschaden an einer Anlage liegt vor, wenn die Anlage in Folge der Gasbezugsreduktion vollständig erneuert werden muss und die Wiederbeschaffung mindestens ein Quartal dauert.

Anmerkung zu Tenorziffer 5 der vorliegenden Veröffentlichung: Tenorziffer 5 wird nur in den Fällen eingefügt, in denen die Betroffene über die Sicherheitsplattform Gas angegeben hat, an der betroffenen MaLo Strom zu erzeugen.

5. Die Betroffene ist von der Pflicht zur Reduktion ausgenommen, sofern und soweit der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes i. S. v. § 3 Nr. 10 EnWG gegenüber der Betroffenen eine Berechtigung zum Gasbezug ausspricht.

Die Aussprache ist nur zulässig, wenn der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes zuvor alle verfügbaren netz- und marktbezogenen Maßnahmen nach § 13 Abs. 1 EnWG ausgeschöpft

hat und die Bezugsreduktion zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. Es besteht keine Pflicht der Betroffenen oder des Anschlussnetzbetreibers, die Zulässigkeit der Aussprache zu prüfen.

Der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes hat den Anschlussnetzbetreiber und den Bundeslastverteiler unverzüglich über die Aussprache zu unterrichten (E-Mail-Adresse wird bei Erlass einer echten Individualverfügung veröffentlicht).

- Hinweis 1:** Die Pflicht zur Gasbezugsreduktion aus einer Allgemeinverfügung des Bundeslastverteilers zu ratierten Reduzierungsverpflichtungen entfällt bezüglich der gegenständlichen MaLo für den Geltungszeitraum dieser Individualverfügung.
- Hinweis 2:** Die Verfügung ist sofort vollziehbar und gilt gem. § 14 Abs. 1 Nr. 1 Energiesicherungsgesetz (EnSiG) mit der Absendung als bekanntgegeben. Sie kann auch ohne vorherige Androhung mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden. Die Androhung eines Zwangsgeldes kann aus technischen Gründen nicht mit der Verfügung verbunden werden. Die Androhung wird in einer separaten E-Mail zugestellt.
- Hinweis 3:** Zuwiderhandlungen können mit einer Geldbuße oder, in Fällen beharrlicher oder schwerwiegender Zuwiderhandlungen, mit Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe geahndet werden, vgl. § 15 EnSiG.